

von dem Angeklagten zu bezahlen. Denn, wenn auch sein Vor-
satz auf den Ausschluß der Öffentlichkeit der Auspielung
gerichtet war, so war doch immerhin diese Öffentlichkeit das
kausale Ergebnis seiner betreffenden Thätigkeit, und das ge-
nügt, um ihn im Sinne des §. 21 cit. als den Veranstalter
der öffentlichen Auspielung anzusehen. Er hat jedoch bei
auf den Loosen dieser Auspielung ruhenden Abgaben nicht
entrichtet und sich sonach durch diese Unterlassung der straf-
baren Steuerhinterziehung schuldig gemacht. Aber es trifft
ihn nur die Ordnungsstrafe des §. 33, weil erwiesen ist, daß
dieselbe von ihm nicht beabsichtigt worden war. Die Meinung
des Urtheils, diese Ordnungsstrafe dürfe ihm nur zuerkannt
werden, wenn er die Öffentlichkeit der Auspielung beabsich-
tigt gehabt habe, kann um so weniger gebilligt werden als
ihn in diesem Falle doch wohl die ordentliche Strafe treffen
müßte. Ob der Nachweis der vollen Schuldlosigkeit des An-
geklagten ihn auch von der Ordnungsstrafe befreien würde,
bedarf keiner Prüfung, weil sie von dem Urtheil nicht ange-
nommen worden ist.

Dem Rechtsmittel war sonach stattzugeben und das Ur-
theil in seinem ganzen Umfang aufzuheben, weil der Angeklag-
te nach der gegen ihn erhobenen Anschuldigung die beiden
Delikte in ideeller Konkurrenz begangen haben soll.

Reichsgerichtserkenntniß.

Urth. v. 19. März 1891.

1. Wer ist Thäter der Zolldefraude, wenn über
zollpflichtige Gegenstände, welche aus dem Aus-
lande eingegangen und zur Durchfuhr deklarirt
sind, auf dem Transporte eigenmächtig ver-
fügt wird?
2. Wann ist die vorbezeichnete Zolldefraude voll-
endet?

Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869 §§ 135, 136 Nr. 6, 137, 144
Nr. 2, 149, 33, 41 (B. G. Bl. S. 317). Begleitscheinregulativ vom
5. Juli 1888 §§ 1a, 33, 32 Abs. 4a (Centralbl. f. d. Deutsche Reich
S. 501).

I. Landgericht Thorn.

Aus den Gründen:

Der Angeklagte C. führte am 16. April 1890 5966 kg
und am 17. April dess. J. 3993 kg, zusammen 6959 kg,
zollpflichtigen Weizen aus Rußland in das Zollgebiet nach
G. ein. Auf Antrag des C. wurde der Weizen von dem
Nebenzollamte G. als ausländisches Getreide unverzollt zur
schließlichen zollamtlichen Abfertigung auf das Empfangsamt
D. abgelassen, und die vorgeschriebenen Begleitscheine I wur-
den ausgestellt. Der Weizen wurde demnächst unter Zustim-
mung des Nebenzollamtes G. in 96 Säcken auf dem Spei-
des Mitangeklagten S., eines Schwagers des Angeklagten
C., niedergelegt. Am 22. April 1890 wurde sodann von
dem Angeklagten S. ein Quantum inländischer Weizen von
19060 kg ebenfalls in 96 Säcken, unter Benutzung der bei-
den vorgedachten, über den ausländischen zollkontrollpflichti-
gen Weizen ausgestellten Begleitscheine I, auf der Eisenbahn-
station S. an den Inhaber eines Privattransitlagers, den
Commissionär M. in D., dorthin verladen. Am 25. April
1890, dem Tage der Ankunft des Weizens in D., benach-
richtigte der Angeklagte C. den M., daß irthümlich inlän-
discher Weizen mit den Begleitschein I verladen worden.
Es wurde nun im Auftrage des C. der Weizen unter Ent-
richtung des Zolles und unter Rückempfang der Begleit-
scheine am 25. April 1890 im Inlande verkauft.

Die beiden Angeklagten sind auf Grund der §§ 135
136 Nr. 6, 9, 144 Nr. 2, 149 des Vereinszollgesetzes vom
1. Juli 1869 und §§ 47 St. G. B.'s verurtheilt worden
weil sie über den aus dem Auslande eingeführten und zur
Durchfuhr deklarirten Weizen eigenmächtig verfügt haben
und zwar dadurch, daß die unter Zollkontrolle gehenden Ge-
genstände auf dem Transporte vertauscht sind, bezüglich des

C. über Waaren, die ihm von der Zollverwaltung unverzollt
anvertraut waren.

Die Revision rügt zunächst, daß der Angeklagte C. nach
den getroffenen Urtheilsfeststellungen eigenmächtig über den
vom Auslande eingeführten Weizen überhaupt nicht verfügt
habe. Diesem Angriffe mußte stattgegeben werden.

Das Urtheil führt in der bezeichneten Richtung aus, daß
der Angeklagte C. erklärt habe, er habe seinen Schwager be-
auftragt, das von Rußland am 16. und 17. April eingeführ-
te Getreide nach D. zu verladen; am 25. April habe er von
der Vertauschung des Weizens erfahren und sofort durch
Zollentrichtung und durch Benachrichtigung des M. das Er-
forderliche gethan, um zu verhindern, daß der in D. angelan-
te Weizen als ausländische Waare behandelt werde; er habe
übrigens schon bei der Einfuhrung des Weizens aus Ruß-
land die Absicht gehabt, denselben im Inlande zu verkaufen.
Das Urtheil fährt nun fort:

„Indessen diese Ausführungen, selbst wenn sie alle wahr
wären, können nicht beseitigen, daß der Angeklagte C. als
derjenige anzusehen ist, der über die ihm anvertrauten Ge-
genstände eigenmächtig verfügt hat. Er hat die Waare
eingeführt, er hat seiner Angabe nach den Angeklagten S.
beauftragt das eingeführte Getreide nach D. zu verladen,
Es hat also der Transport mit seinem Willen für ihn be-
wirkt werden sollen. Er ist daher im Sinne der §§ 136,
137 Abs. 1 B. G. B.'s als derjenige anzusehen, von dem
der Thatbestand der Defraude als vollbracht angenommen
werden muß.“

Eine derartige Schlussfolgerung kann vor dem Gesetze
nicht bestehen. Es scheint sich vielmehr in ihr der Rechts-
irrtum zu verstecken, als ob der Eigenthümer einer zollpflich-
tigen Waare schon dann selbst eine Zolldefraude begangen hat,
wenn nicht er selbst, sondern ein Dritter eigenmächtig, d. h.
den Zollgesetzen zuwider, über die Waare verfügt. Dadurch
aber, daß die §§ 136 Nr. 6, 9, 137 B. G. B.'s objektiv eine
Zolldefraude als vollbracht kennzeichnen, wenn die dort bezeich-
neten Thatfachen vorliegen, soll subjektiv der Nachweis der
Thäterschaft bestimmter, zur Bestrafung ziehender Personen
keineswegs beseitigt werden. Ebenso wie der § 149 a. a. O.
bezüglich der Miturheber, Gehülfen und Begünstiger — ab-
gesehen von den Vorschriften der §§ 146, 147 a. a. O. —
auf die Grundsätze des Strafgesetzbuches hinweist, ebenso muß
jede Thäterschaft die Begriffsmerkmale der zur Bestrafung ge-
zogenen Handlung als subjektive Thätigkeit erfüllen. Die in
§ 136 B. G. B.'s bezeichneten Thatfachen rechtfertigen nur die
Annahme der Absicht der Zollhinterziehung, müssen aber als
Thätigkeitshandlungen einer bestimmten Person nachgewiesen
werden, sobald letztere als Thäter erachtet werden soll. Wenn
aber, wie das Urtheil annimmt, der Angeklagte C. auch in
dem Falle eigenmächtig über den Weizen verfügt haben soll,
daß es wahr ist, daß er seinen Schwager beauftragt hat den
aus Rußland eingeführten Weizen nach D. zu verladen, so
ist diese Annahme rechtsirrig, denn der Angeklagte C. handel-
te hierdurch nicht eigenmächtig, zollgesetzwidrig, sondern in Ge-
währung der ihm in den Begleitscheinen I auferlegten Verpflich-
tungen, wie solche auf den Vorschriften der §§ 33, 41 B. G. B.'s
beruhen. Unverständlich ist die Folgerung des Urtheils,
daß, weil der Angeklagte C. den Mitangeklagten S. beauf-
tragt hat, das eingeführte — also ausländisches — Getreide
nach D. zu verladen, „der Transport“ — d. h. des inländi-
schen Weizens — „für ihn hat bewirkt werden sollen“. Nur
dann wäre eine solche Folgerung möglich, wenn beispielsweise
der Richter eine Verabredung der beiden Angeklagten, mit den
Begleitscheinen I, statt des ausländischen, inländischen Weizens
nach D. zu versenden, oder ein Einverständnis hierüber fest-
gestellt hätte. Eine derartige Feststellung ist indeß aus dem
Urtheile nicht zu entnehmen. (Schluß folgt.)